



Stellungnahme von Torsten Jäger im Rahmen des Pressegesprächs „Demokratie braucht JEDE Stimme“ am 1. September 2009 in Frankfurt am Main

Über 20 Organisationen aus Hessen und Rheinland-Pfalz haben im März dieses Jahres die Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle“ gestartet. Die Liste der beteiligten Einrichtungen liegt der Pressemappe bei.

Wir alle sind davon überzeugt, dass das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten nicht nur ein wichtiger Schritt zur besseren Einbindung und Integration der eingewanderten Menschen ist, sondern darüber hinaus der demokratischen Legitimation politischer Entscheidungen vor Ort zuträglich ist. Denn wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Kluft zwischen der Einwohnerschaft und dem wahlberechtigten Staatsvolk in Deutschland von Jahr zu Jahr größer wird. Schon heute ist in manchen Ballungsräumen mehr als ein Drittel der Einwohnerschaft von der politischen Willensbildung durch Wahlen ausgeschlossen. Die demographische Entwicklung und dramatisch sinkende Einbürgerungszahlen lassen erwarten, dass die Schere in naher Zukunft noch weiter auseinander gehen wird, wenn keine Abhilfe geschaffen wird. Deshalb treten wir dafür ein, mit einer Änderung von Artikel 28 GG die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht wahrnehmen können.

Ziel unserer Kampagne ist es, den Weg zur entsprechenden Änderung der Verfassung zu ebnen. Wir wollen das Thema auf die politische Agenda setzen indem wir

- **die Öffentlichkeit informieren und die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern gewinnen:**
Insgesamt haben wir seit Beginn der Kampagne im März 2009 über 50.000 Materialien – Unterschriftenlisten, Faltblätter, Plakate und Broschüren – ausgesendet. Die Materialien liegen der Pressemappe bei. In vielen Kommunen vor Ort haben Initiativen oder engagierte Einzelpersonen mit Informationsständen und im Rahmen von Veranstaltungen über das Thema „Kommunales Wahlrecht für Alle“ informiert. Zur Zeit liegen uns etwa 2.000 Unterschriften für die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes vor. Wir erwarten, dass wir diese Zahl im Laufe des Bundestagswahlkampfes und bei vielen Aktivitäten im Rahmen der im September beginnenden Interkulturellen Woche noch erheblich werden steigern können.
- **die Parlamente in den Kommunen in die Pflicht nehmen:**
Seit Beginn der Kampagne haben sich auf Antrag der lokalen Ausländerbeiräte oder einzelner Fraktionen die Kommunalparlamente und Kreistage z.B. in Hanau, Ludwigshafen, Marburg, Neu-Isenburg, Speyer und Zweibrücken intensiv mit der Frage des kommunalen Wahlrechts für Alle befasst. Einige Kommunalparlamente z.B. in Baunatal, Groß-Gerau, Kassel, Reinheim oder Trier haben den Gesetzgeber in Resolutionen oder Beschlüssen aufgefordert, den Weg zum kommunalen Wahlrecht für Alle freizumachen.

- **Unterstützung auf kommunaler/ landesweiter Ebene einwerben:**
Die Oberbürgermeister der Städte Kassel und Kaiserslautern haben der Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle“ ihre Unterstützung zugesagt. Die entsprechenden Schreiben liegen der Pressemappe bei. Die Oberbürgermeister anderer Städte wie Worms und Koblenz haben unsere Forderungen an den Städtetag weitergeleitet um das Thema dort zu stärker als bisher zu verankern. Das ist zwischenzeitlich geschehen. Das einschlägige Schreiben des Städtetags Rheinland-Pfalz liegt der Pressemappe bei. Der rheinland-pfälzische Landesbeirat für Migration und Integration hat Bundestag und Bundesrat im April dieses Jahre dazu aufgefordert, den Weg zum kommunalen Wahlrecht durch eine Änderung des Grundgesetzes freizumachen.
- **die politischen Parteien mit dem Thema befassen:**
Wir haben uns im Juli dieses Jahres an die im Bundestag vertretenen Parteien gewandt und um Stellungnahmen und Positionen zum kommunalen Wahlrecht und alternativen Wegen zu einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten gebeten. Wir wollten damit, wie auch mit der heutigen Veranstaltung, die politischen Parteien dazu bewegen, sich intensiver als bisher mit der Frage des kommunalen Wahlrechts für Alle zu befassen. Zwischenzeitlich liegen uns – in der Reihenfolge des Eingangs - ausführliche Stellungnahmen von der FDP, der Partei DIE LINKE, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vor und der Pressemappe bei. Wir werden dieser Tage noch einmal auf verbleibende im Parlament vertretene Partei zugehen und eine Antwort anmahnen.
- **Anderen Mut machen, ähnliche Kampagnen zu starten:**
Schon seit dem Jahr 2007 engagieren sich nordrhein-westfälische Initiativen in einem Kampagnenbündnis für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle. Seit August 2009 läuft in Bayern unter der Federführung der dortigen Ausländerbeiräte eine Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle“. In anderen Bundesländern wird intensiv darüber nachgedacht, ähnliche Initiativen zu starten.

Fazit: Wir sind zufrieden und ein wenig stolz darauf, dass es uns mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand – die Kampagne hat einen Gesamtetat von etwa 12.000 Euro – gelungen ist, einiges in Bewegung zu setzen.

Wir werden unsere diesbezüglichen Bemühungen auch in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen: auf der Straße, in der Öffentlichkeit, bei den politischen Parteien und in den Parlamenten vor Ort werden wir um Unterstützung werben. Außerdem werden wir unsere Forderung besonders an die Parteien herantragen, die sich nach dem 27. September 2009 zusammensetzen und über eine Regierungsbildung beraten werden.

Denn wir wollen, dass das kommunale Wahlrecht für Alle in der kommenden Legislaturperiode Wirklichkeit wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und danke Ihnen für Ihre Berichterstattung.

Frankfurt, 1. September 2009

Torsten Jäger, Geschäftsführer Interkultureller Rat